



# Amtsblatt für Mecklenburg-Vorpommern

Herausgeber: Justizministerium Mecklenburg-Vorpommern

---

2021

Schwerin, den 1. März

Nr. 9

---

## INHALT

Seite

### Verwaltungsvorschriften, Bekanntmachungen

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt

- Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Absatzes  
land-, fisch- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse  
VV Meckl.-Vorp. Gl.-Nr. 630 - 391 ..... 74

Landesbeamtenausschuss

- Termin der 98. Sitzung des Landesbeamtenausschusses ..... 77

**Anlage:** Amtlicher Anzeiger Nr. 9/2021

## **Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Absatzes land-, fisch- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse**

Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt

Vom 26. Januar 2021 – VI 320-1 –

VV Meckl.-Vorp. Gl.-Nr. 630 - 391

Das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt erlässt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium und nach Anhörung des Landesrechnungshofes folgende Verwaltungsvorschrift:

### **1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage**

- 1.1 Das Land Mecklenburg-Vorpommern gewährt Zuwendungen für die Förderung von Vorhaben zur Verbesserung des Absatzes land-, fisch- und ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse und Qualitätsprodukte, um die Wirtschaftstätigkeit im Agrar- und Ernährungssektor zu stärken und dessen Wertschöpfung zu erhöhen.
- 1.2 Die Zuwendungen werden gewährt nach Maßgabe dieser Verwaltungsvorschrift und unter Berücksichtigung folgender Vorschriften:
- a) der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2020/972 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist,
  - b) der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 9), die durch die Verordnung (EU) 2019/316 (ABl. L 51 vom 22.2.2019, S. 1) geändert worden ist,
  - c) der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1; L 283 vom 27.9.2014, S. 65), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/972 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist,
  - d) der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45),
  - e) des § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern und der dazugehörigen Verwaltungsvorschriften.

- 1.3 Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

### **2 Gegenstand der Zuwendung**

- Gefördert werden Veranstaltungen und Aktivitäten, die der Förderung des Absatzes von Erzeugnissen der Land-, Fisch- und Ernährungswirtschaft dienen, wie
- 2.1 die Teilnahme an Messen und Ausstellungen; die Teilnahme kann im Rahmen einer Gemeinschaftspräsentation oder als Einzelausstellung erfolgen,
  - 2.2 die Teilnahme an Warenbörsen und Hausmessen,
  - 2.3 Verkaufsförderaktionen in Form von mit einem Partner des Lebensmittel-Einzelhandels abgestimmten „Mecklenburg-Vorpommern-Wochen“,
  - 2.4 Seminare
    - a) zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung einer Delegationsreise auf ausländische Märkte,
    - b) zur Vorbereitung von Jahresgesprächen mit dem Lebensmittel-Einzelhandel,
    - c) über Trends in der Ernährungsbranche,
  - 2.5 Beratungs- und sonstige Unterstützungsleistungen zur Vorbereitung und Begleitung von Anträgen auf Anerkennung von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1151/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. November 2012 über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (ABl. L 343 vom 14.12.2012, S. 1), die durch die Verordnung (EU) 2017/625 (ABl. L 95 vom 7.4.2017, S. 1) geändert worden ist,
  - 2.6 Akquise, Vorbereitung und Präsentation eines Gemeinschaftsstandes Mecklenburg-Vorpommern auf Fachmessen,
  - 2.7 Akquise, Vorbereitung und Durchführung einer Delegationsreise der Land- und Ernährungswirtschaft.

Eine einzelbetriebliche Zuwendung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Messen, die im Auslandsmesseprogramm des Bundes gelistet sind, ist nur in begründeten Fällen außerhalb des deutschen Gemeinschaftsstandes möglich.

### 3 Zuwendungsempfänger

3.1 Zuwendungsempfänger bei Vorhaben nach den Nummern 2.1 und 2.2 sind:

- a) kleine und mittlere landwirtschaftliche Unternehmen sowie Fischereiunternehmen gemäß Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014,
- b) Erzeugergemeinschaften und Erzeugerzusammenschlüsse, Vereine und Verbände sowie
- c) kleine und mittlere Unternehmen der Ernährungswirtschaft mit Sitz oder Betriebsstätte in Mecklenburg-Vorpommern; als Betriebsstätte gelten Geschäftseinrichtungen oder Anlagen gemäß § 12 der Abgabenordnung.

Zur Ermittlung der Schwellenwerte für eigenständige Unternehmen, Partnerunternehmen oder verbundene Unternehmen gelten die in der Empfehlung der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36) enthaltenen Berechnungsmethoden.

3.2 Zuwendungsempfänger bei Vorhaben nach Nummer 2.3 bis 2.7 sind Vereinigungen, Verbände und Vereine.

### 4 Zuwendungsvoraussetzungen

4.1 Vorhaben nach den Nummern 2.3 bis 2.7 setzen voraus, dass diesen jeweils ein konkretes Projekt zu Grunde liegt, das gemeinsam durchgeführt wird. Ein konkretes Projekt ist eine zeitlich befristete Aufgabe von erheblicher Komplexität. Kleine und mittlere landwirtschaftliche Unternehmen sowie Fischereiunternehmen und Unternehmen der Ernährungswirtschaft mit Sitz oder Betriebsstätte in Mecklenburg-Vorpommern können bei der Umsetzung dieser mit Vereinigungen, Verbänden und Vereinen zusammenarbeiten und diese beauftragen. Die Zusammenarbeit ist durch eine schriftliche Erklärung zu dokumentieren, die die Ziele des gemeinsamen konkreten Projektes beschreibt sowie die Rechte und Pflichten der beteiligten Partner regelt.

4.2 Die Gewährung einer Zuwendung ist nicht möglich, wenn das Projekt bereits gefördert worden ist oder eine Zuwendung nach anderen Bestimmungen erfolgt (Ausschluss der Doppelförderung).

### 5 Zuwendungsart, Finanzierungsart, Höhe der Zuwendung

5.1 Die Zuwendung wird im Rahmen einer Projektförderung als Anteilfinanzierung in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.

5.2 Zuwendungsfähige Ausgaben sind

5.2.1 bei Vorhaben nach Nummer 2.1:

die Ausgaben für Standmiete und Standbau durch Dritte; gemeinsam mit weiteren Veranstaltungsteilnehmern genutzte Flächen werden anteilig berücksichtigt,

5.2.2 bei Vorhaben nach Nummer 2.2:

die Ausgaben, die durch den Veranstalter in Rechnung gestellt werden,

5.2.3 bei Vorhaben nach Nummer 2.3:

die spezifischen, unmittelbar mit der Projektdurchführung zusammenhängenden Personalausgaben für die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung des Vorhabens sowie die Ausgaben, die der Veranstalter/Ausrichter den beteiligten Unternehmen in Rechnung stellt,

5.2.4 bei Vorhaben nach Nummer 2.4:

die spezifischen, unmittelbar mit der Projektdurchführung zusammenhängenden Personalausgaben für die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung des Vorhabens sowie die Honorare der Referentinnen und Referenten,

5.2.5 bei Vorhaben nach Nummer 2.5:

die spezifischen, unmittelbar mit der Projektdurchführung zusammenhängenden Personalausgaben für die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung des Vorhabens sowie die Ausgaben für Publikationen zu geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen,

5.2.6 bei Vorhaben nach Nummer 2.6:

die spezifischen, unmittelbar mit der Projektdurchführung zusammenhängenden Personalausgaben für die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung des Vorhabens sowie die Ausgaben für Standmiete, Standbau durch Dritte und gemeinschaftlich genutztes Fremdpersonal,

5.2.7 bei Vorhaben nach Nummer 2.7:

die spezifischen, unmittelbar mit der Projektdurchführung zusammenhängenden Personalausgaben für die Vorbereitung, Begleitung und Nachbereitung des Vorhabens.

5.3 Die Ermittlung des Fördersatzes für die Teilnahme an einem Vorhaben nach den Nummern 2.1 und 2.2 erfolgt in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße sowie der Ausrichtung des Antragstellers.

5.3.1 Die Teilnahme eines kleinen Unternehmens oder eines Kleinstunternehmens an einem Vorhaben nach den Nummern 2.1 und 2.2 wird jeweils mit einem Fördersatz von 70 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, jedoch höchstens mit 6 000 Euro je Vorhaben und höchstens für drei Vorhaben nach Nummer 2.1 und für drei Vorhaben nach Nummer 2.2 jährlich, gefördert.

5.3.2 Die Teilnahme eines mittleren Unternehmens an einem Vorhaben nach den Nummern 2.1 und 2.2 wird jeweils mit einem Fördersatz von 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben, jedoch höchstens mit 6 000 Euro je Vorhaben und höchstens für drei Vorhaben nach Nummer 2.1 und für drei Vorhaben nach Nummer 2.2 jährlich, gefördert.

5.4 Vorhaben nach den Nummern 2.3 und 2.4 werden mit einem Fördersatz von 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert.

5.5 Vorhaben nach den Nummern 2.5, 2.6 und 2.7 werden mit einem Fördersatz von 90 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben gefördert.

5.6 Eine Zuwendung erfolgt nicht, sofern die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben weniger als 1 000 Euro betragen (Bagatellgrenze).

5.7 Nicht zuwendungsfähige Ausgaben sind:

- a) Personalausgaben, die vordergründig der Datenverwaltung zuzurechnen sind (Antragstellung, Abrechnung und Nachweis der Verwendung),
- b) Reisekosten im Inland.

## 6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Der Zuwendungsempfänger hat die De-minimis-Regelung zu beachten.

## 7 Verfahren

### 7.1 Antragsverfahren

7.1.1 Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist bis spätestens vier Wochen vor Beginn des Vorhabens formgebunden beim

Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern  
Werkstraße 213  
19061 Schwerin

einzureichen. Das Antragsformular ist bei der Bewilligungsbehörde erhältlich oder steht unter [www.lfi-mv.de/foerderungen/absatzfoerderung/](http://www.lfi-mv.de/foerderungen/absatzfoerderung/) zum Download zur Verfügung.

7.1.2 Dem Antrag sind die im Antragsformular aufgeführten Unterlagen beizufügen. Die Bewilligungsbehörde kann die Vorlage weiterer Unterlagen verlangen, soweit dies für die Entscheidung über die Bewilligung einer Zuwendung erforderlich ist.

7.1.3 Abweichend von Nummer 1.3 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern darf mit dem Vorhaben begonnen werden, nachdem das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern den Antragseingang schriftlich bestätigt hat.

### 7.2 Bewilligungsverfahren

Bewilligungsbehörde ist das Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern.

### 7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

Die Auszahlung erfolgt auf der Grundlage einer formgebundenen, durch den Zuwendungsempfänger bei der Bewilligungsbehörde einzureichenden Mittelanforderung. Die Mittelanforderung darf nur zuwendungsfähige Ausgaben enthalten. Die Zuwendung wird nach Vorlage des Verwendungsnachweises in einer Summe ausgezahlt.

### 7.4 Verwendungsnachweisverfahren

7.4.1 Der Verwendungsnachweis ist abweichend von Nummer 6.1 ANBest-P formgebunden mit der Mittelanforderung zu erbringen. Neben dem Sachbericht ist der zahlenmäßige Nachweis der Einnahmen und Ausgaben (Aufstellung der bezahlten Rechnungen) einschließlich der dazugehörigen Originalbelege und Zahlungsnachweise vorzulegen.

7.4.2 Alle Unterlagen und Zahlungsbelege des geförderten Vorhabens sind abweichend von Nummer 6.9 ANBest-P für zehn Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren.

## 8 Prüfrechte

Die Europäische Kommission, der Europäische Rechnungshof, der Landesrechnungshof, das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt sowie das Finanzministerium und die Bewilligungsbehörde haben das Recht, die Einhaltung der Bestimmungen durch Besichtigung an Ort und Stelle und durch Einsichtnahme in die Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen und Auskünfte einzuholen.

## 9 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung Mecklenburg-Vorpommern, soweit nicht in dieser Verwaltungsvorschrift abweichende Bestimmungen zugelassen sind, und das Landesverwaltungsverfahrensgesetz.

## 10 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und am 31. Dezember 2023 außer Kraft.

## **Termin der 98. Sitzung des Landesbeamtenausschusses Mecklenburg-Vorpommern**

Bekanntmachung der Geschäftsstelle des Landesbeamtenausschusses

Vom 12. Februar 2021 – II Gst LBA - 0337-60000-2021/001 –

Die 98. Sitzung des Landesbeamtenausschusses Mecklenburg-Vorpommern findet am 28. Mai 2021 statt.

Um in die Tagesordnung aufgenommen zu werden, müssen die Anträge in vollständiger Fassung und unter Beifügung der notwendigen Unterlagen, insbesondere der Personalakte, bis spätestens zum 16. April 2021 bei der Geschäftsstelle des Landesbeamtenausschusses eingegangen sein.

Bei Landesbeamtinnen und Landesbeamten sind die Anträge von der obersten Dienstbehörde vorzulegen.

Anträge von kommunalen Körperschaften müssen bis spätestens zum 1. April 2021 beim Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern als oberste Rechtsaufsichtsbehörde in der Abteilung II 3 „Kommunalangelegenheiten; Ausländerrecht“ (Referat II 300) eingegangen sein. Als erforderliche Begleitunterlagen sind mindestens die Personalakte (vollständig im Original einschließlich der Beurteilungen) und der Beschluss der jeweiligen obersten Dienstbehörde (unterschrieben) in Bezug auf die geplante Personalmaßnahme sowie bei Anträgen der Ämter und amtsfreien Gemeinden die Stellungnahme der unteren Rechtsaufsichtsbehörde beizufügen.

Mit Beginn des Jahres 2019 wurde das Verfahren vollständig auf neu gestaltete Vordrucke umgestellt, welche für die Beantragung personalrechtlicher Einzelentscheidungen zu verwenden sind und über die Geschäftsstelle des Landesbeamtenausschusses beim Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern bzw. die oberste Rechtsaufsichtsbehörde bei kommunalen Anträgen abgerufen werden können.

AmtsBl. M-V 2021 S. 77





